

Umschulungsvertrag (§ 60 BBiG) für den Bereich Landwirtschaft

Ausfertigung für den **Auszubildenden**
Ausfertigung für den **Ausbildenden**
Ausfertigung für die **Kostenträger**
Ausfertigung für die **zuständige Stelle**

Ausbildungsberuf

Fachpraktiker Landwirtschaft / Fachpraktikerin Landwirtschaft

Zwischen der/dem **Ausbildenden**

Ausbildender	
Ortsteil	Straße
PLZ	Ort
Telefon	
Ausbildungsstätte (Betriebsname)	
Ortsteil	Straße
PLZ	Ort
Ausbilder/in Nachname	Vorname
geboren am	

und der/dem **Auszubildenden**

Nachname	Vorname
Ortsteil	Straße
PLZ	Ort
Telefon	
geboren am	in
gesetzlich vertreten durch (Name und Adresse des Vaters <u>und</u> der Mutter, bzw. des Vormundes – Nur erforderlich bei Minderjährigen.)	

wird nachstehender Vertrag nach Maßgabe der Ausbildungsverordnung geschlossen:

A Ausbildungszeit

Die **Ausbildungszeit** beträgt nach der Ausbildungsverordnung 3 Jahre.

Verkürzung wegen

- abgeschlossene Berufsausbildung
- anderer Verkürzungsgrund/Anrechnungszeiten

Teilzeitausbildung

Damit ergibt sich eine betriebliche Ausbildungsdauer von insgesamt _____ Monaten.

Dieses Ausbildungsverhältnis dauert

Monate

von

Ausbildungsbeginn		
Tag	Monat	Jahr

bis

Ausbildungsende		
Tag	Monat	Jahr

Probezeit

Monate

B Bruttovergütung

Die/Der Ausbildende zahlt der/dem Auszubildenden eine angemessene **Bruttovergütung** (§ 4 Abs. 1 Vertragsvereinbarungen)

monatlich von _____ bis _____ im Ausbildungsjahr _____ Betrag _____ €
 von _____ bis _____ im Ausbildungsjahr _____ Betrag _____ €
 von _____ bis _____ im Ausbildungsjahr _____ Betrag _____ €
 von _____ bis _____ im Ausbildungsjahr _____ Betrag _____ €

Besondere Hinweise zur Ausbildungsvergütung:

Nachweis des Kostenträgers notwendig!

Folgende Sachleistungen werden – unter Kürzung der Barvergütung – gewährt (§ 4 Abs. 2):

Wohnung

Frühstück

Mittagessen

Abendessen

Sachleistungen werden nicht gewährt.

Gefördertes Ausbildungsverhältnis nach § _____

Kommentar:

C Urlaub

Der/die Ausbildende gewährt der/dem Auszubildenden **Urlaub** nach den jeweils geltenden Bestimmungen (§ 5 Abs. 2).

Es besteht ein Urlaubsanspruch

20 ____ auf _____ Arbeitstage

20 ____ auf _____ Arbeitstage

20 ____ auf _____ Arbeitstage

20 ____ auf _____ Arbeitstage

D Arbeitszeit

Die regelmäßige **tägliche** Arbeitszeit beträgt _____ Stunden.

Die regelmäßige **wöchentliche** Arbeitszeit beträgt _____ Stunden.

E Ausbildungsnachweis

Form der Ausbildungsnachweisführung

schriftlich

elektronisch

F Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte

überbetriebliche Maßnahmen

Ausbildung in anderen Betrieben (siehe Kooperationsvertrag)

Berufsschule _____

Weitere Berufsschule _____

Hinweise zur Berufsschule _____

G Sonstige Vereinbarungen (§ 8, z. B. Nebenabreden, Hinweis auf Tarifverträge)

Der zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossene Rahmen-/Vergütungstarifvertrag wird angewandt. Tarif:

H Unterschrift und Eintragung

Die angehängten Vereinbarungen sind Gegenstand dieses Vertrages und werden anerkannt. Die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse wird beantragt.

_____, den _____

Unterschrift der/des Ausbildenden und ggf. des Ausbilders/der Ausbilderin und/oder des Vertreters der Ausbildungsstätte

Unterschrift des Auszubildenden

Unterschrift des Kostenträgers

Der Ausbildungsbetrieb hat unverzüglich nach Abschluss des Vertrages, spätestens vor Beginn der Ausbildung, die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse zu beantragen. Hierfür ist die Ausfertigung des Vertrages, die ärztliche Bescheinigung über die Erstuntersuchung nach § 32 Abs. 1 JArbSchG und das letzte Schulzeugnis (Kopie) beizufügen. Das Gleiche gilt bei wesentlichen Änderungen des Vertragsinhaltes (z. B. Verlängerung der Ausbildungsdauer, vorzeitige Beendigung des Ausbildungsverhältnisses). Die bestätigten Ausfertigungen des Vertrages für den Auszubildenden und dem gesetzlichen Vertreter sind den Adressaten unverzüglich auszuhändigen.

Hinweis: Die Erhebung der Daten erfolgt auf Grund der §§ 34, 35, 36 und 88 BBiG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) DSGVO und Art. 4 Abs. 1 BayDSG.

Änderungen des Umschulungsvertrages

Ausfertigung für den **Auszubildenden**
Ausfertigung für den **Ausbildenden**
Ausfertigung für den **Kostenträger**
Ausfertigung für die **zuständige Stelle**

Zwischen der/dem **Ausbildenden**
Ausbildender

und der/dem **Auszubildenden**
Nachname, Vorname

I Änderungen

Folgende **Änderungen** des vorstehenden Vertrages werden vereinbart:

_____, den _____

Unterschrift der/des Ausbildenden und ggf. des Ausbilders/der Ausbilderin und/oder des Vertreters der Ausbildungsstätte

Unterschrift des Auszubildenden

Unterschrift des Kostenträgers

Diese Änderung ist Bestandteil des Ausbildungsvertrages.

Der Ausbildungsbetrieb hat unverzüglich nach Abschluss des Vertrages, spätestens vor Beginn der Ausbildung, die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse zu beantragen. Hierfür ist die Ausfertigung des Vertrages, die ärztliche Bescheinigung über die Erstuntersuchung nach § 32 Abs. 1 JArbSchG und das letzte Schulzeugnis (Kopie) beizufügen. Das Gleiche gilt bei wesentlichen Änderungen des Vertragsinhaltes (z. B. Verlängerung der Ausbildungsdauer, vorzeitige Beendigung des Ausbildungsverhältnisses). Die bestätigten Ausfertigungen des Vertrages für den Auszubildenden und dem gesetzlichen Vertreter sind den Adressaten unverzüglich auszuhändigen.

Hinweis: Die Erhebung der Daten erfolgt auf Grund der §§ 34, 35, 36 und 88 BBiG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) DSGVO und Art. 4 Abs. 1 BayDSG.

§ 1 – Ausbildungszeit

- Die **Ausbildungszeit** richtet sich nach der Ausbildungsordnung. Die **Probezeit** muss mindestens einen Monat und darf höchstens vier Monate betragen. Wird die Ausbildung um mehr als ein Drittel dieser Zeit unterbrochen, so verlängert sich die Probezeit um den Zeitraum der Unterbrechung.
- Besteht die/der Auszubildende vor Ablauf der Ausbildungszeit die Abschlussprüfung, so **endet** das Berufsausbildungsverhältnis mit Bestehen der Abschlussprüfung.
- Besteht die/der Auszubildende die Abschlussprüfung nicht, so **verlängert** sich das Berufsausbildungsverhältnis auf ihr/sein Verlangen bis zur nächstmöglichen Wiederholungsprüfung, höchstens um ein Jahr.

§ 2 – Pflichten der/des Auszubildenden

Die/Der Auszubildende verpflichtet sich,

- (Ausbildungsziel)
dafür zu sorgen, dass der/dem Auszubildenden die Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die zum Erreichen des Ausbildungsziels nach der Ausbildungsordnung erforderlich sind, und die Berufsausbildung nach den beigefügten Angaben zur sachlichen und zeitlichen Gliederung des Ausbildungsablaufs so durchzuführen, dass das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreicht werden kann;
- (Ausbilder)
selbst auszubilden oder eine/n persönlich und fachlich geeignete/n Ausbilder/in ausdrücklich damit zu beauftragen;
- (Ausbildungsordnung)
der/dem Auszubildenden vor Beginn die Ausbildungsordnung kostenlos auszuhändigen;
- (Ausbildungsmittel)
der/dem Auszubildenden kostenlos die Ausbildungsmittel zur Verfügung zu stellen, die für die Ausbildung in den betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten und zum Ablegen von Zwischen- und Abschlussprüfungen erforderlich sind;
- (Berufsschule und überbetriebliche Ausbildung)
die/den Auszubildende/n zum Besuch der Berufsschule und von überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen (siehe Abschnitt F) anzuhalten und freizustellen;
- (Ausbildungsnachweis)
der/dem Auszubildenden vor Ausbildungsbeginn den Ausbildungsnachweis für die Berufsausbildung kostenlos zur Verfügung zu stellen und die ordnungsgemäße Führung durch regelmäßige Abzeichnung zu überwachen;
- (Ausbildungsbezogene Tätigkeiten)
der/dem Auszubildenden nur Verrichtungen zu übertragen, die dem Ausbildungszweck dienen und ihren/seinen körperlichen Kräften angemessen sind;
- (Sorgepflicht)
dafür zu sorgen, dass die/der Auszubildende charakterlich gefördert sowie sittlich und körperlich nicht gefährdet wird. Bei Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft der/des Auszubildenden ist der/dem Auszubildenden angemessene Unterkunft und Verpflegung, bei Erkrankung die erforderliche Pflege zu gewähren, sofern nicht die Überführung in ein Krankenhaus erforderlich ist. Die/Der Erziehungsberechtigte oder Sorgeberechtigte ist von der Erkrankung zu benachrichtigen;
- (Ärztliche Untersuchungen)
von der/dem jugendlichen Auszubildenden sich eine Bescheinigung gemäß §§ 32,33 Jugendarbeitsschutzgesetz darüber vorlegen zu lassen, dass dieser
a) vor der Aufnahme der Ausbildung untersucht (Bescheinigung nicht älter als 14 Monate) und
b) vor Ablauf des ersten (betrieblichen) Ausbildungsjahres nachuntersucht worden ist;
- (Eintragungsantrag)
unverzüglich nach Abschluss des Berufsausbildungsvertrages, spätestens vor Beginn der Berufsausbildung, den wesentlichen Inhalt des Vertrages schriftlich niederzulegen und unverzüglich die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei der zuständigen Stelle unter Beifügung der Vertragsniederschrift zu beantragen. Entsprechendes gilt bei späteren Änderungen des wesentlichen Vertragsinhaltes. Bei jugendlichen Auszubildenden ist außerdem die ärztliche Bescheinigung über die Erstuntersuchung gemäß § 32 JArbSchG beizufügen. Die Gebühr für die Eintragung des Berufsausbildungsvertrages trägt die/der Auszubildende;
- (Anmeldung zu Prüfungen)
die/den Auszubildende/n rechtzeitig zu den angesetzten Zwischen- und Abschlussprüfungen anzumelden und für die Teilnahme freizustellen. Bei der Anmeldung zur Zwischenprüfung ist bei Auszubildenden unter 18 Jahren die ärztliche Bescheinigung über die erste Nachuntersuchung gem. § 33 JArbSchG zur Einsicht vorzulegen. Die Prüfungsgebühren trägt die/der Auszubildende;
- (Sozialversicherung)
die/den Auszubildende/n zu den gesetzlichen Sozialversicherungen anzumelden.

§ 3 – Pflichten der/des Auszubildenden

Die/Der Auszubildende hat sich zu bemühen, die Fertigkeiten und Kenntnisse zu erwerben, die erforderlich sind, um das Ausbildungsziel zu erreichen. Sie/Er verpflichtet sich insbesondere,

- (Lernpflicht)
die ihr/ihm im Rahmen der Berufsausbildung übertragenen Verrichtungen und Aufgaben sorgfältig auszuführen;
- (Berufsschulunterricht, Prüfungen und sonstige Maßnahmen)
am Berufsschulunterricht und an Prüfungen sowie an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen teilzunehmen, für die sie/er nach § 2 Nr. 5 freigestellt wird.
- (Weisungsgebundenheit)
den Weisungen zu folgen, die ihr/ihm im Rahmen der Berufsausbildung von der/vom Auszubildenden, von der/vom Ausbilder/in oder von anderen weisungsberechtigten Personen, soweit sie als weisungsberechtigt bekannt gemacht worden sind, erteilt werden;
- (Betriebliche Ordnung)
die für die Ausbildungsstätte geltende Ordnung zu beachten;
- (Sorgfaltspflicht)
Pflanzen, Tiere, Maschinen und sonstige Einrichtungen pfleglich zu behandeln und sie nur zu den übertragenen Arbeiten zu verwenden;
- (Betriebsgeheimnisse)
über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Stillschweigen zu wahren;
- (Ausbildungsnachweis)
einen vorgeschriebenen Ausbildungsnachweis zu führen und regelmäßig der/dem Ausbilder/in vorzulegen;
- (Benachrichtigungen)
bei Fernbleiben von der betrieblichen Ausbildung, vom Berufsschulunterricht oder von sonstigen Ausbildungsveranstaltungen der/dem Auszubildenden unter Angabe von Gründen unverzüglich Nachricht zu geben und ihr/ihm bei Krankheit oder Unfall spätestens am dritten Tag eine ärztliche Bescheinigung zuzuleiten;

- (Ärztliche Untersuchungen)
soweit auf sie/ihn die Bestimmungen des JArbSchG Anwendung finden, sich gemäß §§ 32, 33 dieses Gesetzes ärztlich;
a) vor der Aufnahme der Ausbildung untersuchen (Bescheinigung darf nicht älter als 14 Monate sein) und
b) vor Ablauf des ersten (betrieblichen) Ausbildungsjahres nachuntersuchen zu lassen und die Bescheinigung hierüber der/dem Auszubildenden vorzulegen
- (Hausordnung)
bei Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft der/des Auszubildenden die Hausordnung einzuhalten.

§ 4 – Vergütung und sonstige Leistungen

- Eine über die vereinbarte regelmäßige Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung wird besonders vergütet oder durch die entsprechende Freizeit ausgeglichen. Die Vergütung wird spätestens am letzten Arbeitstag des Monats gezahlt. Das auf die Urlaubszeit entfallende Entgelt (Urlaubsentgelt) wird vor Antritt des Urlaubs ausgezahlt. Die Beiträge für die Sozialversicherung tragen die Vertragsschließenden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.
- Soweit die/der Auszubildende der/dem Auszubildenden **Kost und/oder Wohnung** gewährt, gilt die folgende Regelung:
Die/Der Auszubildende gewährt der/dem Auszubildenden angemessene Wohnung und Voll- bzw. Teilverpflegung im Rahmen der Hausgemeinschaft. Die Leistungen sind nach der geltenden gesetzlichen Regelung des § 17 Sozialgesetzbuch IV zu gewähren. Kann die/der Auszubildende während der Zeit für welche die Vergütung fortzuzahlen ist, aus berechtigtem Grund (z. B. Urlaub, Krankheit) vereinbarte Sachleistungen nicht abnehmen, so sind diese abzugelten.
- Die/Der Auszubildende trägt die Kosten für **überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen** gem. § 2 Nr. 5 soweit sie nicht durch die Förderung nach Bildungsförderungsrichtlinien (BiFöR) gedeckt sind. Ist eine auswärtige Unterbringung erforderlich, so können der/dem Auszubildenden anteilige Kosten für Verpflegung in dem Umfang in Rechnung gestellt werden, in dem diese/r Kosten einspart.
- Der/dem Auszubildenden wird die Vergütung auch gezahlt
a) für die Zeit der Freistellung gem. § 2 Nr. 5 und 11 dieses Vertrages, sowie gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2 JArbSchG an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Abschlussprüfung unmittelbar vorangeht, ferner für die nach dem JArbSchG erforderlichen ärztlichen Untersuchungen.
b) bis zur Dauer von 6 Wochen, wenn sie/er
– sich für die Berufsausbildung bereithält, diese aber ausfällt oder
– aus einem sonstigen, in ihrer/seiner Person liegenden Grund unverschuldet verhindert ist, ihre/seine Pflichten aus dem Berufsausbildungsverhältnis zu erfüllen oder
– frühestens vier Wochen nach Beginn des Ausbildungsverhältnisses infolge einer unverschuldeten Krankheit an der Berufsausbildung nicht teilnehmen kann. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

§ 5 – Ausbildungszeit und Urlaub

- Die **tägliche Ausbildungszeit** richtet sich nach § 8 JArbSchG; Tarifverträge bzw. Betriebsvereinbarungen sollen berücksichtigt werden.
- Urlaubsjahr** ist das Kalenderjahr (nicht das Beschäftigungsjahr). Der Urlaubsanspruch richtet sich nach § 19 JArbSchG, Tarifvertrag oder Bundesurlaubsgesetz.
- Der **Urlaub soll zusammenhängend** und in der Zeit der Berufsschulferien erteilt und genommen werden. Während des Urlaubs darf die/der Auszubildende keine dem Urlaubszweck widersprechende Erwerbsarbeit leisten.

§ 6 – Kündigung

- Während der **Probezeit** kann das Berufsausbildungsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne Angabe von Gründen gekündigt werden.
- Nach der Probezeit** kann das Berufsausbildungsverhältnis nur gekündigt werden
a) aus einem wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,
b) von der/vom Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen, wenn sie/er die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen will.
- Die Kündigung muss **schriftlich**, im Falle der Nr. 2 unter Angabe von Kündigungsgründen erfolgen.
- Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist **unwirksam**, wenn die ihr zugrunde liegenden Tatsachen dem zur Kündigung Berechtigten länger als 2 Wochen bekannt sind.
- Wird das Berufsausbildungsverhältnis nach Ablauf der Probezeit vorzeitig gelöst, so kann die/der Auszubildende oder die/der Auszubildende **Ersatz des Schadens** verlangen, wenn der andere den Grund für die Auflösung zu vertreten hat. Das gilt nicht bei Kündigung wegen Aufgabe oder Wechsels der Berufsausbildung (Nr. 2b). Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses geltend gemacht wird.
- Bei Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses, wegen **Betriebsaufgabe** oder **Wegfalls der Ausbildereignung** verpflichtet sich die/der Auszubildende, die zuständige Stelle unverzüglich zu unterrichten und sich mit Hilfe der Berufsberatung der zuständigen Arbeitsagentur rechtzeitig um eine weitere Ausbildung im bisherigen Ausbildungsberuf in einer anderen geeigneten Ausbildungsstätte zu bemühen.

§ 7 – Zeugnis

Die/Der Auszubildende stellt der/dem Auszubildenden bei Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses ein schriftliches Zeugnis aus. Hat die/der Auszubildende die Berufsausbildung nicht selbst durchgeführt, so soll auch die/der Ausbilder/in das Zeugnis unterschreiben. Es muss Angaben enthalten, über Art, Dauer und Ziel der Berufsausbildung sowie über die erworbenen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten der/des Auszubildenden, auf Verlangen auch Angaben über Verhalten und Leistung.

§ 8 – Sonstige Vereinbarungen

Rechtswirksame Nebenabreden, die das Berufsausbildungsverhältnis betreffen, können durch schriftliche Ergänzungen nur unter Buchst. G dieses Vertrages getroffen werden. Hier sind auch die Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen, die auf das Berufsausbildungsverhältnis anzuwenden sind, einzutragen.

Berufsausbildung im Agrarbereich und in der Hauswirtschaft
Führung des Verzeichnisses der Ausbildungsverhältnisse

Zusatzbogen mit weiteren Angaben zur Abwicklung der Ausbildung

Personaldaten Auszubildende/r (bitte ergänzen)

Nachname, Vorname: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

höchster erreichter Schulabschluss: _____

Geburtsort*: _____

Telefon/E-Mail der Erziehungsberechtigten**: _____

* Angabe insbesondere im Gartenbau auszufüllen.

** Freiwillige Angabe.

Datenschutz

Die Informationen zum Datenschutz finden Sie auf der Homepage Ihrer zuständigen Stelle, bei der Sie den Vertrag einreichen.

Mit dem Antrag auf Eintragung des Vertrages akzeptieren Sie die Verarbeitung der Daten.

Fotoaufnahmen während der Ausbildungszeit

Im Rahmen unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden bei Veranstaltungen und Terminen Fotos und Filmaufnahmen gemacht und verwendet, auf denen Sie gegebenenfalls zu erkennen sind. Dem können Sie widersprechen.

Bitte nutzen Sie für Ihren Widerspruch die Kontaktdaten Ihres zuständigen Amtes.

Förderung der Überbetrieblichen Ausbildung

Eine finanzielle Förderung der überbetrieblichen Lehrgänge während der Ausbildung ist nur möglich, wenn Sie den Antrag dafür stellen. Wenn dieser Antrag nicht gestellt wird, müssen die Kursgebühren in vollem Umfang von dem/der Teilnehmer/in getragen werden.

Ich stelle hiermit Antrag auf Förderung nach den Bildungsförderungsrichtlinien: ja nein

Benutzung von Privat-PKW

Ich habe/Wir haben das Merkblatt zur Benutzung von Privat-PKW im Rahmen der Überbetrieblichen Ausbildung erhalten. Von seinem Inhalt habe ich/haben wir Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift des Auszubildenden und ggf. der gesetzlichen Vertreter

Benutzung des eigenen Kraftfahrzeuges

Bei der Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge bei überbetrieblichen Maßnahmen durch Auszubildende, Praktikanten und Prüfungsteilnehmer ist Folgendes zu beachten:

- Schulungen, Lehrgänge und Prüfungen sind Bestandteil der praktischen Ausbildung. Soweit eine verpflichtende Teilnahme gegeben ist, ist die Anfahrt in der Regel mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder angemieteten Bussen durchzuführen. In diesem Fall ist zum Schutz vor vermeidbaren Gefährdungen die Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge ausgeschlossen.
- Ist die Benutzung gemieteter Busse oder öffentlicher Verkehrsmittel nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten oder Aufwendungen möglich, kann die zuständige Stelle den Auszubildenden oder Praktikanten die Fahrt mit privateigenen Fahrzeugen nicht verwehren.
- Benutzt ein Teilnehmer ein solches Kraftfahrzeug, handelt er ausschließlich in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko, und zwar auch dann, wenn er andere Teilnehmer mitnimmt. Die zuständige Stelle ist zwar verpflichtet, die teilnehmenden Auszubildenden oder Praktikanten bei Veranstaltungen im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren vor Schäden an Gesundheit und Vermögen zu bewahren. Sie ist aber weder gehalten noch in der Lage, außerhalb dieses Rahmens für die Beförderung zu Schulungen, Lehrgängen oder Prüfungen zu sorgen oder die Fahrt zu beaufsichtigen. Die Fahrt mit dem privateigenen Kraftfahrzeug muss grundsätzlich auf Wegen durchgeführt werden können, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Geeignete Privatwege dürfen nur im Rahmen der Gestattung des Eigentümers befahren werden; Risiken aus etwaigen Haftungsbeschränkungen sind dem Teilnehmer nachweisbar bekannt zu machen. Durch die Duldung der Benutzung des privateigenen Kraftfahrzeugs während der überbetrieblichen Maßnahme kann die Fahrt jedoch nicht als Ausübung eines öffentlichen Amtes gewertet werden mit der Folge der Amtshaftung des Staates.
- Verursacht ein Teilnehmer bei der Fahrt mit dem eigenen Kraftfahrzeug einen Schaden, haftet er demnach allein nach den Vorschriften des Haftungsrechts. Eine Pflichtverletzung der zuständigen Stelle ist nicht gegeben, eine Haftung des Staates als Veranstalter (Staatshaftung) scheidet aus. Als Halter bzw. Fahrer eines pflichtversicherten Kraftfahrzeugs genießt der Teilnehmer im Rahmen der im Versicherungsvertrag festgelegten Deckungssummen Haftpflichtversicherungsschutz gegen Haftungsansprüche Dritter, auch mitfahrender Teilnehmer. Bei der Bildung von Fahrgemeinschaften kann sich im Hinblick auf das erhöhte Haftungsrisiko der Abschluss von Insassenunfallversicherungen empfehlen. Nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII sind die Teilnehmer gegen Arbeitsunfall versichert. Der Versicherungsschutz gilt für Körperschäden, die der Teilnehmer durch einen Unfall bei der Veranstaltung oder auf dem Weg von und zum Veranstaltungsort erleidet. Die Art des benutzten Verkehrsmittels ist ohne Bedeutung. Sachschäden werden durch die gesetzliche Unfallversicherung nicht abgedeckt.

Quelle: Verwaltungsvorschriften für die Berufsbildung in der Landwirtschaft vom 01.11.2014.

Deckblatt zum Ausbildungsvertrag

zum Versand an die zuständige Stelle

Absender

Adresse zuständige Stelle

Vorlage des Ausbildungsvertrages

mit der Bitte um Eintragung ins Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse

Folgende Unterlagen sind beigefügt:

Ausbildungsvertrag

Lebenslauf mit Lichtbild

Kopie des Abschlusszeugnisses der zuletzt besuchten allgemeinbildenden Schule

Bescheinigung über die ärztliche Erst- bzw. Nachuntersuchung (gilt nur für Jugendliche unter 18 Jahre)

Nachweis, die eine Verkürzung der Berufsausbildung begründen (z. B. Zeugnis einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung etc.)

Bescheinigung der Agentur für Arbeit über den Nachweis der Behinderung

Ort, Datum

Unterschrift Ausbildender